

Gesundheitskarte soll 2006 kommen

Das Bundesgesundheitsministerium stellte seinen Fahrplan für die elektronische Gesundheitskarte vor

Des Bundeskanzlers Wort ist Gesetz: Die wenigen Sätze, die Gerhard Schröder bei seiner Regierungserklärung Mitte März über Telematik im Gesundheitswesen sagte, geben die Richtung an, wie die ersten flächendeckenden Anwendungen im Gesundheitswesen aussehen sollen. Das war den Statements der Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer und des Leiters der Projektgruppe Telematik-Gesundheitskarte im Bundesgesundheitsministerium (BMGS), Norbert Paland, auf dem Internationalen Kongress „Telematik-Rahmenarchitektur der Zukunft“ Anfang April in Krefeld deutlich anzumerken.

Die Würfel sind gefallen

Die elektronische Gesundheitskarte soll ab 2006 die herkömmliche Krankenversichertenkarte ersetzen. Daran wird auch Dr. jur. Manfred Zipperer, Vorsitzender des „Aktionsforums Telematik im Gesundheitswesen“ (ATG), wahrscheinlich nichts mehr ändern können, auch wenn seine Vorstellungen in eine andere Richtung zielen: „Das ATG will eine flächendeckende Telematik-Infrastruktur in Form eines Intranets aufbauen“.

Das ATG verfolgt das Ziel, zuerst eine Rahmenstruktur zu etablieren. In einer ersten Stufe soll die elektronische Dokumentation und die elektronische Kommunikation innerhalb der Ärzteschaft und mit anderen Heilberufen realisiert werden, so Zipperer vor den rund 120 Teilnehmern des Kongresses, der vom Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen organisiert wurde.

Das ATG „sieht keine Notwendigkeit zu einer neuen Krankenversichertenkarte in Form einer Chipkarte, da die aktuellen Informationen zur Versicherungssituation auf einem Versicherungsserver im Intranet für Berechtigte bereitstehen sollen“, so Zipperer. Vertreter des ATG und BMGS-Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder haben ihre unterschiedlichen Auffassungen kürzlich in Berlin diskutiert. Sie vereinbarten eine enge Zusammenarbeit und Absprache bei der weiteren Realisierung der Telematik im Gesundheitswesen, sagte Zipperer.

Rahmenarchitektur nicht vergessen

Die Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer begrüßte grundsätzlich die Richtungsweisung des Bundeskanzlers hin zu einer elektronischen Gesundheitskarte. Fischer wies gleichzeitig darauf hin, dass diese lediglich im Kontext einer umfassenden elektronischen Patientenakte Sinn mache, „da nur so eine vollständige und konsistente Behandlungsdokumentation möglich ist.“ Fischer weiter: „Ich plädiere somit ausdrücklich dafür, die elektronische Gesundheitskarte gemeinsam mit einer Telematik-Rahmenarchitektur zu konzipieren.“ Dafür wäre neben der Karte für die Patienten gleichzeitig der elektronische Heilberufsausweis nötig, sagte Fischer.

Mit dieser Forderung rennt sie beim Bundesgesundheitsministerium offene Türen ein. Norbert Paland vom BMGS machte deutlich, dass „die Gesundheitskarte nur in Verbindung mit einem Heilberufsausweis nutzbar sein soll“. Das bedeutet, dass parallel zur Gesundheitskarte auch die Health Profes-

sional Card (HPC) eingeführt werden muss.

Den Zeitplan für die Einführung der Gesundheitskarte, die fester Bestandteil der Gesundheitsreform-Gesetzgebung werden soll, beschrieb Paland wie folgt: Im laufenden Jahr sollen die Karte sowie die erforderliche Telematikarchitektur und -infrastruktur konzeptionell vorbereitet werden. 2004 startet die Testphase, wobei neben den Kernanwendungen auch die Vernetzung von Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken, Rehabilitationseinrichtungen und Krankenkassen erprobt werden müsse. Auch können in dieser Phase die unterschiedlichen Strukturansätze von ATG und BMGS auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden, meinte Zipperer. Ab Anfang 2006 plant die Regierung, die Gesundheitskarte flächendeckend einzuführen.

Die Karte wird nach den Vorstellungen des Ministeriums gleichzeitig Datenspeicher und Kommunikationsschnittstelle sein. Sie soll als Brücke dienen zwischen verschiedenen Telematik-Anwendungen wie etwa dem elektronischen Rezept, das vermutlich die erste konkrete Anwendung wird, und der elektronischen Patientenakte. Daneben soll es möglich werden, den Zuzahlungsstatus der Versicherten online zu aktualisieren oder die Karte zum Arzneimittelpass auszubauen, Gesundheitsangaben und zum Beispiel auch Notfalldaten abzuspeichern. Neben den Informationen wird die Karte nach den Vorstellungen des BMGS als Zugangsschlüssel zu Informationen dienen, die auf speziellen Servern abgelegt sind. Damit die Karte von der Versicherten akzeptiert wird, muss nach Palands Worten sichergestellt sein, dass der Patient Herr seiner Daten bleibt und die Karte mit einem schlüssigen Sicherheitskonzept versehen ist.

Jürgen Brenn



Norbert Paland, Leiter der Projektgruppe Telematik-Gesundheitskarte im Bundesgesundheitsministerium, will den Zeitplan zur Einführung der Karte einhalten. Foto: bre